

Antrag

der Abgeordneten Reinhold Hemker, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, Ingrid Becker-Inglau, Rudolf Bindig, Hans-Günter Bruckmann, Detlef Dzembitzki, Gernot Erler, Gabriele Fograscher, Anke Hartnagel, Frank Hempel, Ingrid Holzhüter, Barbara Imhoff, Ulrich Kelber, Karin Kortmann, Konrad Kunick, Tobias Marhold, Ulrike Mehl, Albrecht Papenroth, Dagmar Schmidt (Meschede), Wilhelm Schmidt (Salzgitter), Dr. Emil Schnell, Dr. R. Werner Schuster, Joachim Tappe, Matthias Weisheit, Engelbert Wistuba, Hanna Wolf (München), Dr. Peter Struck und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Dr. Angelika Köster-Loßack, Hans-Christian Ströbele, Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung für Entwicklungsländer

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für die umweltfreundlichere und sozialverträgliche land- und forstwirtschaftliche integrierte Produktion sind in den vergangenen 30 Jahren viele Millionen Forschungs- und Beratungsmittel in die Entwicklungshilfe geflossen. Diese Mittel sind nur dann sinnvoll investiert, wenn die Erkenntnisse auch in die Praxis umgesetzt werden. Dieses ist derzeit nur äußerst begrenzt der Fall.

Staatliche Programme und mögliche Kontrollen sind in Entwicklungsländern, über die gesetzlichen Regelungen hinaus, nicht oder nur begrenzt möglich. Daher ist die Verantwortung zur praxisgerechten Umsetzung von den wirtschaftlich Handelnden freiwillig zu übernehmen, so wie dieses seit vielen Jahren sehr erfolgreich im ökologischen Landbau praktiziert wird.

Neben dem wichtigen Ziel, den ökologischen Landbau zu fördern, wird für eine nachhaltige und zukunftsorientierte integrierte Pflanzenproduktion eine international anerkannte und freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung erforderlich sein. Die Zertifizierung hat das Ziel, die Interessen von Ökologie und Arbeitsbedingungen mit der Ökonomie im Rahmen einer fortschrittlichen Umwelt- und Sozialpolitik auf Unternehmensebene zu vereinbaren. Dafür werden marktwirtschaftliche Instrumente wie Umweltmanagement und Umweltbetriebsprüfung herangezogen, wie dieses z. B. in der gewerblichen Wirtschaft durch ISO 14001 im internationalen Geltungsbereich und die EG-Umwelt-Audit-VO Nr. 1836 vom 29. Juni 1993 im Geltungsbereich der EU bereits geschieht.

In Deutschland werden derzeit für die Landwirtschaft Modellvorhaben durchgeführt und Zertifizierungskriterien entwickelt. Die Forstwirtschaft hat bereits freiwillig Zertifizierungen nach Umwelt- und Sozialstandards eingeführt, die international Anerkennung finden. Private Gesellschaften sowie Umwelt- und Menschenrechts-Organisationen beginnen, Bananen, Blumen, Kaffee, Baumwolle und Tee zu zertifizieren. An Erfahrungen und Glaubwürdigkeit mangelt es jedoch. Der ökologische Landbau hat eine langjährige und glaubwürdige Zertifizierungstradition.

Durch die freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung sind praxisorientierte, umwelt- und sozialrelevante Erkenntnisse durch die vor der Zertifizierung erforderliche Beratung schnell umsetzbar. Die Umsetzung umwelt- und sozialrelevanter Normsetzungen wird kontrollierbarer. Der Handel und der Konsument haben die Gewähr, dass die erworbenen Produkte weitgehend umweltgemäß und sozialwürdig produziert wurden.

Die freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung legt die Verantwortung für entsprechendes Handeln in die Hände des Produzenten, des Handels und des Konsumenten. Der Handel kontrolliert die Produktion oder lässt durch Zertifizierungs-Organisationen kontrollieren, denn er bestimmt nach vorgegebenen Umwelt- und Sozialstandards die Produktionsbedingungen. Der Staat gibt allenfalls einen groben rechtlichen Rahmen vor, wie z. B. für die gewerbliche Wirtschaft durch die o. g. EG-Umwelt-Audit-VO.

Hinsichtlich der freiwilligen Anbaukontrolle bzw. Zertifizierung leistet der ökologische Landbau seit Jahren wegweisende Arbeit.

Trotz erfreulicher und richtungsweisender Fortschritte in der Forstwirtschaft führen nach Umwelt- und Sozialstandards zertifizierte Produkte aus integrierter landwirtschaftlicher Produktion in den Konsummärkten noch ein Nischendasein. Um diese Situation positiv zu ändern und Produzenten sowie Handelsketten für freiwillig zertifizierte Produkte zu gewinnen, sind Öko- und Sozialzertifizierungen auf wissenschaftlich nachvollziehbarer und damit transparenter Ebene durchführbar. Dieses ist nur möglich, wenn zukünftig Produktion, Handel, Nichtregierungsorganisationen und die angewandte Wissenschaft enger zusammenarbeiten. Erst wenn sich Produktion und Handel auf belastbare und marketingfähige Zertifizierungen verlassen können, wird sich die Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung verstärkt auf den Konsummärkten durchsetzen und damit nachhaltig die Umwelt- und Arbeitsbedingungen in den Entwicklungsländern verändern.

Die freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung schafft Arbeitsplätze in den Industrieländern und in den Entwicklungsländern.

Einzelne Handelshäuser stehen der freiwilligen Zertifizierung und der Vergabe von Siegeln durchaus positiv gegenüber. Dies setzt jedoch eine überschaubare, transparente Vergabe von Siegeln im Interesse der Konsumenten und der Unternehmen voraus. Eine Inflationierung von Siegeln muss vor diesem Hintergrund vermieden werden.

Für ein beim Handel und Konsumenten glaubwürdiges und akzeptiertes Umwelt/Sozialsiegel besteht Bedarf. Dafür sind Unterstützungen hinsichtlich einer verstärkten internationalen Koordination bei der Erstellung der Standards und der Unternehmenskontrolle erforderlich. Die Akzeptanz auf dem Markt ist nur erreichbar, wenn Nichtregierungsorganisationen, der Handel, die Produzenten und die betroffenen Wissenschaftsbereiche in den Entscheidungsprozess einbezogen werden.

Die internationale Agrarforschung ist unter hohem Mitteleinsatz seit vielen Jahren erfolgreich bestrebt, umweltverträgliche Alternativen für die integrierte

land- und forstwirtschaftliche Produktion zu erarbeiten. Es ist an der Zeit, viele dieser Erkenntnisse zunächst unter wissenschaftlicher Begleitung in die Praxis umzusetzen. Dafür ist das Beschreiten bereits vorsichtig begangener Wege mit neuen Partnern erforderlich. Die freiwillige Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung ist ein solcher marktwirtschaftlicher und zukunftsorientierter Weg. Dieser Weg ist nicht als Konkurrenz zum wichtigen ökologischen Anbau zu verstehen. Er ist vielmehr eine notwendige Ergänzung für die kontrolliert integrierte land- und forstwirtschaftliche Produktion, insbesondere auch für Exportprodukte, die einem hohen Qualitätsstandard genügen müssen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit ein Konzept für die praktische Umsetzung der Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung unter Einbeziehung der Produktion, des Handels, Nichtregierungsorganisationen und der relevanten angewandten Wissenschaftsbereiche vorzulegen.
2. Die internationale Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Standards und Leitlinien für den Zertifizierungsprozess im Bereich der freiwilligen Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung unter Einbeziehung von Produktion, Handel und Nichtregierungsorganisationen unter wissenschaftlicher Begleitung durch gemeinsame zielorientierte Gespräche und gegebenenfalls Modellprojekte zu fördern. Dabei muss die internationale Vergleichbarkeit der Zertifizierungen und ihre Ein- bzw. Anbindung in bestehende und erfolgreiche Zertifizierungssysteme berücksichtigt werden.
3. Die Bildung eines organisatorischen Rahmens für den Austausch und die Zusammenarbeit von Produktion, Handel, Nichtregierungsorganisationen und Wissenschaft auf dem Gebiet der Agrar-Umwelt/Sozial-Zertifizierung zu unterstützen.
4. Zertifizierungsorganisationen, die nach international anerkannten Regeln tätig sind, fachlich und organisatorisch im Hinblick auf eine belastbare und marketingfähige Zertifizierung für Produkte aus der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich des biologischen Landbaus, zu unterstützen.
5. Die Bundesregierung sollte prüfen, wie auch durch Formen der Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft in Entwicklungsländern und in Deutschland (PPP) die Rahmenbedingungen für fair gehandelte Produkte zu verbessern wären.

Berlin, den 28. November 2000

Dr. Peter Struck und Fraktion
Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und Fraktion

